



# Presse · Medien Information



**IG Metall**  
Verwaltungsstelle Osnabrück  
Wilma Ricker  
Tel. 0541 338 38 1115  
Mobil: 0170 33 33 296

16. Januar 2007

## 3. Öffentliche Betriebsratsitzung der IG Metall „Rente mit 67“ im betrieblichen Fokus

**Die Folgen einer „Rente mit 67“ stehen im Mittelpunkt der 3. Öffentlichen Betriebsratssitzung der IG Metall um 15:00 Uhr am 16. Januar 2007, Jürgensort, Osnabrück.**

**Neben der Diskussion der Auswirkungen und Alternativen zur Anhebung der Altersgrenze sollen Interessierte über individuelle Auswirkungen des geplanten Gesetzes auf verschiedenen Alters- und Berufsgruppen informiert werden.**

Die IG Metall sieht das Problem der Rentenkasse nicht darin, dass es zu wenig Junge gibt. Sie macht vielmehr die Massenarbeitslosigkeit und einen zu geringen Anstieg der Löhne und Gehälter verantwortlich. Außerdem fordert sie mehr „anständig bezahlte“ und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.

Darüber hinaus läßt sich das Rentenloch auch mit einer Beitragsanhebung um gerade mal 0,5 Beitragssatzpunkte beheben.

**Die absehbaren Folgen der geplanten Rente mit 67 waren für die Metaller Anlaß in einer Öffentlichen Betriebsratssitzung über konkrete Auswirkungen in den Betrieben und für die Beschäftigten zu berichten.**

Hartmut Riemann, 1. Bevollmächtigter der Osnabrücker IG Metall eröffnete die Sitzung und begrüßte Betriebsräte aus zahlreichen Betrieben der Metall- und Stahlindustrie. Die betrieblichen Interessenvertreter berichteten in kurzen Statements über die Auswirkungen des geplanten Rentengesetzes in ihren Betrieben.

„**Arbeiten bis 67 ist für die Beschäftigten der Stahlindustrie ein Unding**“, erbot sich Wilfried Brandebusemeyer, Betriebsratsvorsitzender

der Georgsmarienhütte GmbH. Er forderte statt dessen eine Fortführung der Altersteilzeit. „**Die Kollegen brauchen Möglichkeiten zu annehmbaren Konditionen früher auszuscheiden, statt später**“.

Diese Position bestätigte auch Achim Bigus, Betriebsrat und Vertrauenskörperleiter der Fa.

Karmann: „**Die Arbeitsbedingungen in der Autoindustrie sind in den letzten Jahren auch nicht gerade leichter geworden**.“ Sein Fazit: „**Die geplante Rente mit 67 ist für die Jüngeren ein Programm zur Vernichtung von Arbeitsplätzen und Zukunftschancen. Die direkt Betroffenen werden gleichzeitig nach langen, harten Arbeitsjahren ihrer Ansprüche enteignet**.“ **40 Jahre Akkord- und Fließbandarbeit in der Industrie seien genug - danach müsse man sich doch wohl ein Anrecht auf den Ruhestand erworben haben.**

„**Auch die Arbeit der Angestellten wird immer belastender**“, erweiterte Helga Preuss-Venincasa, Betriebsrätin bei KM Europa Metal AG den Blickwinkel. Gleichzeitig sprach sie die besondere Betroffenheit der Frauen an. „**Gerade hat man uns bei der Rente mit 65 „gleichgestellt“**.“ **Jetzt sollen auch Frauen mit häufiger Doppel- und Dreifachbelastung bis 67 arbeiten**“, sprach sie sich gegen die geplante Gesetzesänderung aus.

Betriebsratsvorsitzender Andre Lücke lud dann die Berliner Politiker ein „**doch mal ein paar Tage dreischichtig in der Gießerei**“ der KM Europa Metal AG zu arbeiten. „**Dann wären die Pläne wahrscheinlich schnell vomTisch**.“, war er sich sicher.

„**Das Gesetz ist eine Rentenkürzungsmaschine**“, kritisiert Hartmut Riemann, „**Wer früher in**



**Rente geht, muss pro Jahr 3,6 Prozent zusätzliche Abschläge hinnehmen**“. Er weist darauf hin, daß der „Durchschnittsrentner heute nach 40 Versicherungsjahren etwa 950 Euro erhält. **Wenn nun die Rente mit 67 kommt, beträgt die Summe bei Renteneintritt mit 65 nur noch knapp 700 Euro** „ **Wer soll davon leben?**“, fragt Riemann.

Die Alternative bis „67“ zu machen, besteht für viele nicht. Das wurde durch die Betriebsberichte nicht nur aus der Stahlindustrie deutlich. Auch in vielen anderen Bereichen sind die Arbeitsbedingungen heute so belastend, dass schon vorher nichts mehr geht. Deutlich wurde auch die Sorge der Betriebsräte um die Übernahme nach der Ausbildung und damit um die Chancen der Auszubildenden. Denn letztlich wird es aber eine verlängerte Lebensarbeitszeit geben, weil die sonst kommenden Kürzungen nicht hinnehmbar sind.

Dabei sieht die Gewerkschaft echte Alternativen und fordert:

- Nach 40 Versicherungsjahren abschlagsfreier Zugang zur Rente auch vor dem 65. Lebensjahr
- Verlängerung des Altersteilzeitgesetzes
- Erleichterten Zugang zu Erwerbsminderungsrenten
- Schrittweise Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung.

**Wir bitten um Berichterstattung.**